Abend-Ausgabe. Nr. 478. Berlin, Mittwoch, den 12. Oktober 1892.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne № wird mit 10 Pfennig berechnet.

Nr. 478. Abend-Ausgabe. Berlin, Mittwoch, den 12. Oktober 1892.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königgrätzer-Straße № 15, und die bekannten Spediteure. Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Kassel, 12. Oktober. (Privat-Telegramm.) Der Botschafter General v. Schweinitz ist von hier über Berlin nach Petersburg zurückgereist.

Wien, 12. Oktober. (W. T. B.) Fast sämmtliche Blätter veröffentlichen auch heute sehr sympathische Artikel anläßlich der Anwesenheit Sr. Maj. des Kaisers Wilhelm und heben besonders die hohe politische Bedeutung der alljährlichen Begegnung beider Kaiser für das mitteleuropäische Bündniß hervor. Das „Fremdenblatt“, beide „Tageblatt“, die „Deutsche Zeitung“ und das „Vaterland“ heben unter Betonung der besonders schmeichelhaften Form die Ueberreichung der Insignien des Schwarzen Adlerordens an den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe hervor, sowie die politische Bedeutung der Thatsache.

Pest, 12. Oktober. (D. B. H.) Der Ministerrath beschloß die Einführung der obligatorischen Zivilehe und der Matrikelführung durch die politische Behörde.

Paris, 11. Oktober. (W. T. B.) Der „Courrier du Soir“ meldet, Marschall Mac Mahon, dessen Gesundheitszustand einige Besorgniß errege, sei auf den Rath seiner Aerzte heute nach Mentone abgereist, wo er den Winter zu verleben gedenke.

Paris, 12. Oktober. (W. T. B.) Nach dem Berichte des Deputirten Cochery über das Kriegsbudget betrugen die ordentlichen und außerordentlichen Heeresausgaben seit dem Jahre 1870 15 Milliarden 368 Millionen Francs. — Auch die Maires der Carmaux benachbarten Orte haben gegen den Erlaß des Präfekten des Departements Tarn betreffend das Verbot öffentlicher Kundgebungen Protest erhoben.

Carmaux, 11. Oktober. (W. T. B.) Infolge des Erlasses des Präfekten des Departements Tarn, betreffend das Verbot öffentlicher Kundgebungen in Carmaux und den benachbarten Gemeinden, hat der Deputirte Boudin dem Ministerpräsidenten Loubet in einem Telegramm erklärt, die Bevölkerung werde eine Herausforderung darin sehen, wenn der Erlaß aufrecht erhalten würde, und die Situation würde plötzlich aufs neue verschlimmert sein. Er gebe deshalb im Namen der Republik und seiner sozialistischen Kollegen dem Ministerpräsidenten anheim, die Aufhebung der Maßregel in Erwägung zu ziehen.

Paris, 12. Oktober. (D. B. H.) Zahlreiche Abgeordnete sind nach Carmaux abgereist. Die Bürgermeister von Carmaux, Blaye, Rosière und anderer Orte weigern sämmtlich die Veröffentlichung des Präfekturerlasses, welcher die Ansammlungen unter freiem Himmel verbietet. Infolge der heftigen Proteste der sozialistischen Abgeordneten, der Bürgermeister und der Ausständischen hob Loubet den Erlaß des Präfekten auf. Letzterer soll infolge dessen demissioniren wollen. Die Departementskommission der Pyrenäen forderte die Regierung auf, in Carmaux den Ausstand beizulegen, widrigenfalls alle Abgeordneten der Pyrenäen gegen die Regierung stimmen würden.

London, 11. Oktober. (W. T. B.) Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Buenos-Ayres von heute, der neue Präsident Saenz Pena sei mit der Vervollständigung des Kabinets beschäftigt. Anchorena werde als Minister des Auswärtigen, Laterre als Justizminister genannt. Die Behörden ergreifen Vorsichtsmaßregeln, um bei der Uebernahme der Geschäfte durch den neuen Präsidenten und seine Regierung etwaige Unruhen zu verhindern.

London, 12. Oktober. (W. T. B.) Betreffs der von dem Bankhause N. M. v. Rothschild und Söhne übernommenen chilenischen Anleihe meldet die „Times“, daß dem Bankhause die endgültige Ordre der chilenischen Regierung noch nicht zugegangen sei.

London, 12. Oktober. (H. T. B.) Die Leiche des Dichters Tennyson wurde gestern Abend in Begleitung der Lady Tennyson und des Sohnes nach Westminster übergeführt. Die Leichenfeier wird heute Nachmittag stattfinden.

Rom, 12. Oktober. (D. B. H.) Das „Journal Sicilien“ fordert in einem patriotisch gehaltenen Aufruf die sofortige Befestigung Siciliens gegen französische Angriffe und kündigt die Bildung eines nationalen Vertheidigungskomitees für Sicilien an.

Cadix, 12. Oktober. (D. B. H.) Der König und die Regentin kehrten vorgestern nach Huelva zurück, wo ein großes Nachtfest stattfand. Gestern Nachmittag trafen sie in Cadix ein, wo die Santa Maria bei der Einfahrt in den Hafen mit einem französischen Dampfer zusammenstieß. Der Schaden ist unbedeutend. Am Abend trafen belgische, französische und amerikanische Studenten-Abordnungen ein. Die Feste verlaufen unter ungeheurem Andrange in größter Begeisterung und ohne Störung.

Huelva, 12. Oktober. (W. T. B.) Die Königin-Regentin hat den Admiralen und Offizieren der hier anwesenden ausländischen Geschwader Ordens-Auszeichnungen verliehen. — Der gestern erfolgte historische Festzug verlief sehr glänzend; die Königin-Regentin und der König besichtigten denselben vom Balkon aus.

? **Glion** (Schweiz), 12. Oktober. (Privat-Telegramm.) Lothar Bucher ist heute früh hier gestorben.

New-York, 11. Oktober. (W. T. B.) Die Festlichkeiten zur [illegible]jährigen Wiederkehr des Tages der Entdeckung Amerikas nahmen heute mit einer großen Flottenschau auf dem Flusse und in der Bai ihren Fortgang. Das Wetter war prächtig. Eine große Anzahl von herrlich geschmückten und beflaggten Schiffen und Kähnen bedeckte den Fluß. Das Defilee erfolgte in 3 Kolonnen, welche unter Salutschüssen herankamen. Die Mittelkolonne wurde von den ausländischen, die anderen von amerikanischen Kriegsschiffen gebildet. Den Ehrenplatz nahm das spanische Schiff „Infanta Isabel“ ein.

Zur Militär-Vorlage.

Je näher der Moment rückt, in dem der Reichstag sich mit der Militär-Vorlage zu beschäftigen haben wird, um so vielfältiger werden die Stimmen, die noch auf der letzten Vorbereitungs-Station, die jene zu durchlaufen hat, im Bundesrath, eine tiefgehende Aenderung ihrer bisher bekannt gewordenen Grundsätze wünschen. Man befürchtet offenbar, das „Zuviel“ derselben könne ihr im Reichstage verhängnißvoll werden. Das „unabweisbare Nothwendige“ wolle man, wie z. B. die „Post“ versichert, gern gewähren, das „wie immer militärisch Wünschenswerthe aber nicht Unerläßliche jedoch abweisen“. Die entscheidende kritische Prüfung geschehe am besten im Bundesrath, der Reichstag müsse einfach vor die Frage gestellt werden: das Ganze annehmen oder ablehnen; auch für die Militärvorlage gelte das Wort: das Bessere ist der Feind des Guten.

Den relativen Werth dieses alten Sprichwortes zu bezweifeln, fällt uns nicht ein. Die Entscheidung, ob es und wie weit es im vorliegenden Falle zutrifft, liegt aber einfach darin, was das „Gute“ ist, dem der Bundesrath das „Bessere“ opfern soll, was der Reichskanzler von ihm fordert. Dies letztere, so weit die Einzelheiten bekannt geworden sind, läßt sich ungefähr kurz dahin charakterisiren: eine namhafte Erhöhung der Präsenzstärke der Armee, in erster Linie der Infanterie; eine daraus resultirende erhebliche Vermehrung der Feldarmee, die zugleich dadurch „verjüngt“ werden soll; eine Art Abschluß der Organisation, um die steten Streitigkeiten im Reichstag möglichst zu vermeiden; als Konzession für die hierdurch gesteigerten finanziellen Lasten bietet der Reichskanzler, ohne, wie uns erst jüngst die „Nordd. Allg. Ztg.“ versicherte, prinzipiell dafür zu schwärmen, die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen.

Unsere Stellung zu diesem Plane haben wir in den letzten Wochen wiederholt klargelegt. Wir halten das Streben, die möglichst gesteigerte Quantität der Armee gerade jetzt fast ausschließlich in den Vordergrund zu schieben, weder politisch für geboten noch militärisch-technisch für zweckmäßig; bezweifeln, daß die geplante Organisation den erhofften parlamentarischen „Frieden“ mit sich bringen werde; es erscheint uns die Konzession der zweijährigen Dienstzeit politisch hoch bedenklich, militärisch, da die nothwendigen „Modalitäten“ nicht vorhanden sind, ohne Schädigung der Qualität der Armee nicht durchführbar. Daß dies auch bis vor kurzem die Ansicht der maßgebenden militärischen Kreise gewesen ist, haben wir erst vor wenigen Tagen nochmals hervorgehoben. Wie also das „Gute“ aussehen müßte, dem wir den Vorzug vor dem „Besseren“ der Vorlage geben würden, haben unsere positiven Vorschläge gezeigt.

Es ist nun aber sicherlich von hohem Interesse, zu sehen, durch was die anderen Parteien das „Bessere“ ersetzen wollen. In dieser Beziehung sind schon verschiedene mehr oder weniger deutliche Aeußerungen sowohl in der liberalen wie in der Zentrums-Presse dahin gefallen, daß man die „Konzession“ zwar acceptire, dem aber, was dafür eingetauscht werden soll, mehr als skeptisch gegenüberstehe. Mit dankenswerther Klarheit sprechen sich heute darüber gleichzeitig die „Nat.-Ztg.“ und die „Voss. Ztg.“ aus. Die erstere „skizzirt“ die „Grundlage der Verständigung“ folgendermaßen:

„Die wesentliche Verstärkung des Kriegsheeres ohne Steigerung der Zahl der Friedensarmee; die Einführung der zweijährigen Dienstzeit; vermöge der Beibehaltung der jetzigen Friedensstärke aber die Abweisung radikaler Forderungen, welche eine Verminderung dieser durch die zweijährige Dienstzeit erstreben und eine Schwächung der einzelnen Friedens-Kadres bedingen, durch welche die Ausbildung Schaden litte.“

Die Mehrkosten schlägt die „Nat.-Ztg.“ auf etwa 30 Millionen M. an. Man sieht: die vom Reichskanzler als nothwendige Voraussetzung der Organisation geforderte Summe soll ihm nur zur Hälfte gewährt werden. Da das eine seiner Ziele — die Verstärkung der Friedens-Präsenz — verworfen wird, kann er sich auch mit weniger Geld behelfen; begnügt er sich damit, so nimmt man die Konzession“, zweijährige Dienstzeit, mit gebührender Anerkennung entgegen. Dieses „Gute“ wird, so hofft die „Nat.-Ztg.“, auch das Zentrum dem „Besseren“ des Reichskanzlers entgegenstellen, denn „bewilligungseifriger“ als die Nationalliberalen wird es mit Rücksicht auf seine Wähler gewiß nicht sein.

Es ist ja nur natürlich, daß die Vorschläge der Nationalliberalen den bekannt gewordenen Grundzügen der geplanten Militärvorlage sich immerhin noch annähern und sie nur um die Hälfte ungefähr abschwächen wollen. Dieselben Wege schlägt wohl die „Voss. Ztg.“ ein, aber sie geht, wie üblich, einen guten Schritt weiter. Sie begrüßt die „Konzession“ mit Genugthuung: „es ist erfreulich, daß jetzt die Militärverwaltung eine Forderung (zweijährige Dienstzeit) verwirklicht, die ein Menschenalter hindurch der Linken nahezu als Verbrechen angerechnet wurde.“ Noch größer ist ihre Freude, „zuverlässig“ zu hören, „daß die Reichsregierung gewillt sei, die einjährige Bewilligung der Präsenzziffer des Heeres ohne weiteres zuzugestehen und daß die Militärvorlage in diesem Sinne gefaßt sei. Auch in diesem Punkte könnte die liberale Partei nur mit Genugthuung verzeichnen, wie recht sie mit ihrem Kampfe gegen das Septennat gehabt und welcher Gehässigkeit sich das Kartell schuldig gemacht hat, als seine Mitglieder jeden Gegner des Septennats wie einen Vaterlandsverräther verunglimpften.“

Das wäre, wenn diese Meldung zutreffend ist, eine zweite wichtige „Konzession“. Wenn man aber glaubte, solche Konzessionen würden uns dem Ziele des Reichskanzlers, dem zu Liebe er sich zu ihnen entschlossen hat, näherführen, so würde man sich gründlich irren. „Die machen“, so schreibt die „Voss. Ztg.“, „die Kost, welche dem Reichstag servirt wird, noch nicht genießbar.“

Durchaus richtig charakterisirt sie den Gegensatz zwischen der „liberalen Partei“ und dem Reichskanzler. Jene wolle durch die zweijährige Dienstzeit „wirthschaftliche Vortheile und finanzielle Erleichterungen“, dieser nehme sie „nur als nothwendiges Uebel in Kauf, die Hauptsache sei und bleibe die Erhöhung der Präsenzziffer des Heeres“. Darum widersetzen sich die Liberalen der letzteren, die bisherige Präsenzziffer genügt, das „Ausbildungsbedürfniß“ kann aber mit etwa 10 Millionen M. befriedigt werden.

Unsere Leser sehen daraus, wie richtig wir von Anfang an den Liberalismus, milderer und schärferer Tonart, beurtheilt haben, als wir schon im Sommer vorhersagten, er werde die „Konzessionen“ des Reichskanzlers als ein politisch für alle Zukunft höchst wichtiges Zugeständniß, auf das man ihn und seine Amtsnachfolger „festnageln“ könne, begrüßen, die Bedingungen jedoch, unter denen sie gemacht sind, ablehnen oder so abschwächen, daß keine verständige Militärverwaltung ihre hohen, verantwortungsvollen Aufgabe mit dem „Guten“, was an die Stelle des „Besseren“ der Vorlage gesetzt werden soll, genügen kann.

Wir brauchen nicht zu versichern, daß diese uns auch im Comparativ nicht gefällt, aber wenn wir uns auf ihren Boden hätten stellen können, so würde uns selbst dann das Vorgehen des Reichskanzlers vom Standpunkt der parlamentarischen Taktik wenig aussichtsvoll erschienen sein. Wer schwerwiegende Konzessionen den Parteien des Reichstages von vornherein offen auf dem Präsentierbrett entgegenbringt, muß darauf gefaßt sein, daß ihm von seinen eigentlichen Zielwünschen noch möglichst viel abgeschnitten wird. Wollte der Reichskanzler sie ganz verwirklicht sehen, so hätte er sie vielleicht eher erreicht, wenn er alles was er für die Armee nothwendig hält, ohne weiteres bedingungslos gefordert und die Konzessionen erst nach und nach gemacht hätte. Jetzt muß sich auch ihm die Sorge immer deutlicher aufdrängen, daß trotz aller bereitwilliger Aufopferung wichtiger Prinzipien, sein eigentlicher Zweck doch entweder gar nicht oder kaum halb erreicht werden wird. Damit ist aber nicht nur die Vergangenheit mit ihren Männern, die Preußen groß gemacht haben, verleugnet, nicht nur die Gegenwart geschädigt, sondern auch für die Zukunft der feste, prinzipielle Boden aufgegeben. Die bösen Folgen auch auf anderen Gebieten können und werden nicht ausbleiben. Noch ist es Zeit, den verhängnißvollen und dabei allem Anschein nach so wenig für das, was man eigentlich will, aussichtsvollen Schritt nicht erst zu thun. Und weil es noch nicht zu spät ist, weil die Zeichen, unter denen die Reichsregierung ihre neue Organisation vorbereitet, nur allzu deutlich sprechen, darum ermüden wir nicht in dem Kampfe für die Erhaltung der altbewährten Grundlage des preußischen und deutschen Heeres.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* **Berlin,** 12. Oktober. Das Komitee für die Einweihung der neu hergestellten Schloßkirche in Wittenberg, an dessen Spitze der Fürst zu Stolberg-Wernigerode steht, ist heute zu einer Berathung in Wittenberg zusammengetreten. Es sollen die Einzelheiten zur Ausführung des aufgestellten Programms, als Eintheilung der dem Zudrange nach ziemlich beschränkten Plätze, Auswahl der Einzuladenden und Zuzulassenden u. s. f. bestimmt werden. Von Berlin aus nehmen daran theil: der Präsident des Ober-Kirchenrathes, Wirkl. Geh. Rath Dr. Barkhausen, der Geh. Ober-Baurath Adler und vom Kultusministerium der Geh. Ober-Reg.-Rath Naumann und der Reg.-Rath Steinhausen. Dem Komitee ist außerdem noch der Regierungs-Präsident v. Diest in Merseburg zugetheilt.

* **Berlin,** 12. Oktober. Die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Taaffe giebt der hiesigen liberalen Presse zu allerlei Kommentaren Veranlassung. So schreibt das „Berl. Tagebl.“:

„Dieser Vorgang entbehrt nicht einer gewissen politischen Bedeutung. Als der Kaiser das letzte Mal in Oesterreich weilte, wurde, was damals allgemeines Aufsehen machte, diese Auszeichnung wohl dem ungarischen Ministerpräsidenten zu Theil, nicht aber dem Grafen Taaffe. Man nahm schon damals an, Kaiser Wilhelm habe, indem er den Grafen Taaffe überging, andeuten wollen, daß ihm die slavophile Haltung des Ministerpräsidenten nicht gerade sympathisch sei. Daß man mit dieser Annahme nicht ganz fehlging, dafür bietet die jetzt erfolgte Dekorirung des Grafen Taaffe vielleicht einen Anhalt. Denn in der Zwischenzeit hat der österreichische Ministerpräsident die böhmischen Ausgleichsverhandlungen angeregt, und im Kabinet sitzt ein deutscher Landsmannminister, Graf Khuenburg.“

Auslegungen, wie die vorstehenden, sind immer bedenklich, weil lediglich auf willkürlicher Kombination beruhend; im vorliegenden Falle sind sie zudem noch höchst ungeschickt, weil sie den Anschein erwecken, als beabsichtige der deutsche Kaiser durch Ertheilung von Zensuren eine wenn auch mittelbare Einflußnahme auf die inneren Angelegenheiten des mit uns verbündeten Kaiserreichs. Wir glauben berechtigt zu sein, gegen eine solche haltlose Unterstellung entschieden Verwahrung einzulegen.

Se. Maj. der Kaiser und König wird von Wien am Freitag Vormittag 11 Uhr 33 Minuten, sofern keine anderen Dispositionen für die Rückreise getroffen werden, auf dem Bahnhofe in Potsdam zurückerwartet.

— Ihre Maj. die Kaiserin und Königin erfreut sich andauernd des besten Wohlbefindens, ebenso die neugeborene Kaiserliche Prinzessin. Gestern Mittag hat die Kaiserin, vom schönsten Wetter begünstigt, im geschlossenen Wagen eine kurze Spazierfahrt durch die allernächsten Parkanlagen in der Umgegend des Marmorpalais unternommen, welche der erlauchten Frau vortrefflich bekommen ist.

— Se. K. H. der Prinz Albrecht, Regent von Braunschweig, hat sich mit seiner Gemahlin von Weimar aus vorgestern Abend nach Schloß Kamenz in Schlesien zurückbegeben, wohin auch der jüngste Sohn, Prinz Friedrich Wilhelm, von Hummelshain kommend, mit seinen Begleitern sich begeben hat.

— Se. K. H. der Prinz Friedrich Leopold trifft aus Wien heute Nachmittag wieder auf Jagdschloß Glienicke ein. Die Prinzessin Friedrich Leopold kam gestern Abend von Potsdam nach Berlin, besuchte das Theater und kehrte nach der Vorstellung wieder nach Jagdschloß Glienicke zurück.

— II. KK. HH. der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Oldenburg werden in einigen Tagen zum Besuch bei II. KK. HH. dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold auf Jagdschloß Glienicke erwartet.

— S. K. H. der Landgraf Friedrich von Hessen begab sich gestern Mittag nach seiner Ankunft in Berlin zum Besuch der Mitglieder der Königlichen Familie von hier nach Potsdam und kehrte Nachmittags hierher zurück.

— Ihre Hoheit die Frau Prinzessin Friedrich von Sachsen-Meiningen, Gräfin zur Lippe-Biesterfeld, ist, wie wir vernehmen, gestern am 11. Oktober Vormittags in Kassel von einem gesunden Prinzen glücklich entbunden worden.

— S. H. der Erbprinz Bernhard von Sachsen-Meiningen, Herzog zu Sachsen, General-Lieutenant und Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division, ist von Urlaub hierher zurückgekehrt.

— S. D. Oberst-Lieutenant Heinrich XIX. Prinz Reuß, Kommandeur des 2. Garde-Dragoner-Regiments, hat sich mit Urlaub nach Karlsbad begeben.

— Der Fürst und die Fürstin zu Fürstenberg und der Prinz und die Prinzessin Friedrich Karl zu Hohenlohe-Oehringen sind von Slawentzitz in Schlesien heute früh in Berlin eingetroffen und haben im Hotel Bristol Wohnung genommen.

— Der Fürst Imeritinski traf auf der Rückreise nach Rußland heute Vormittag aus Paris hier ein und nahm im Hotel Lindenhof Wohnung.

— Der deutsche Botschafter General v. Schweinitz ist aus Kassel hier eingetroffen und hat im Hotel Kaiserhof Wohnung genommen.

— Der deutsche Botschafter in Rom, Graf Solms-Sonnenwalde hat sich gestern Abend wieder von hier nach Sonnenwalde begeben, wo er noch einige Tage zu verbleiben gedenkt.

— Der Chef des Generalstabes der Armee, General-Lieutenant Graf v. Schlieffen, General-Adjutant Seiner Majestät des Kaisers und Königs, hat einen dreiwöchigen Urlaub angetreten.

— Der General-Lieutenant v. Bülow, Kommandeur der 25. (Großherzoglich hessischen) Division, und der Oberst-Lieutenant Frhr. v. Puttkamer, etatsmäßiger Stabsoffizier im [illegible] Infanterie-Regiment Nr. [illegible], haben nach beendetem Urlaub Berlin wieder verlassen. — Der General-Major v. [illegible], Kommandeur der [illegible]. Infanterie-Brigade, und der Oberst-Lieutenant Graf v. [illegible], Kommandeur des Kürassier-Regiments Graf Geßler (Rheinisches) Nr. 8, sind mit Urlaub hier angekommen.

— Dem Generalarzt 1. Kl. und Generalarzt der Marine Dr. Wenzel ist durch Kaiserliche Kabinetsordre vom 8. d. der Rang als Kontre-Admiral verliehen worden.

— Der Königlich schwedische Geschäftsträger in Lissabon, Graf Cronhjelm, ist aus Schweden heute früh hier eingetroffen und im Hotel Bristol abgestiegen.

Ein „Weltreligionskongreß“.

Man weiß, daß sich Tausende und Abertausende strebsamer Menschen aller Länder abmühen, die bevorstehende Chicagoer Weltausstellung mit immer neuen Plänen und zeitweilig Entwürfen zu beglücken, deren Aufzählung man freilich den Herren Chronisten der „Neuen Welt“ überlassen muß. Einen dieser Pläne möchten wir jedoch herausgreifen und etwas näher kennzeichnen. Es ist dies der sogenannte „Weltreligionskongreß“, welcher mit der großen Ausstellung verbunden werden soll, und auf welchem nach dem Wunsche der Veranstalter einerseits die „hervorragendsten Vertreter aller Religionen der Erde“ erscheinen, und andererseits alle nur möglichen wissenschaftlichen Werke über das Entstehen, die Entwickelung und die Bedeutung aller Religionen ausgestellt werden sollen. — Für gewisse urtheilslose Kreise mag dieser Gedanke vielleicht manches Bestechende haben, und dem Geschäftssinn der Amerikaner macht er alle Ehre; sachlich aber ist der Plan völlig unausführbar. Die Hauptvertreter der katholischen und lutherischen Kirchengemeinschaften Nordamerikas haben sich auch bereits gegen die Theilnahme an einem derartigen Kongresse ausgesprochen, besonders im Hinblick auf den Wunsch, auch größere „Disputationen“ zwischen den Vertretern der einzelnen Religionen abhalten zu lassen. Dagegen fand der Gedanke eine freundliche Aufnahme bei allen Sekten, Freidenkergemeinden und Juden der Vereinigten Staaten, [illegible] Elemente in Nordamerika gewonnen haben, der geplante Kongreß immerhin noch genügend Theilnehmer finden dürfte. Und da die Sektenführer und Freidenker sich gewiß auch nicht die Gelegenheit entgehen lassen werden, hierbei ihre religiösen und religionsfeindlichen Ansichten in umfangreichster Weise darzulegen, so würde voraussichtlich das geistige Gepräge der Versammlung im wesentlichen eine Herabsetzung des positiven Christenthums sein, so daß die ablehnende Haltung der großen christlichen Glaubensgemeinschaften durchaus gerechtfertigt ist. — Um so bemerkenswerther ist das außerordentliche Interesse, welches die nordamerikanischen Rabbiner dem Unternehmen entgegenbringen. Auf der diesjährigen Zentral-Konferenz derselben, welche Anfang September in New-York stattfand, wurde beschlossen, die Theilnahme des Judenthums an dem „Weltreligionskongreß“ zu einer möglichst großartigen zu gestalten. Man ernannte ein eigenes „Direktorium“, welches unverzüglich mit der Hauptleitung der Weltausstellung in Verbindung trat und in derselben eine besondere Abtheilung für eine Rabbiner-Ausstellung verlangte. Der Vorschlag wurde auch in Chicago bereitwilligst angenommen und ein eigenes „Komitee für wissenschaftliches Judenthum“ eingesetzt. Die von diesem beabsichtigte Sonder-Ausstellung wird fünf Gebiete umfassen: 1) Schriftliche und bildliche Werke und Darstellungen über die Geschichte des Judenvolkes von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart; 2) Geschichte der jüdischen Sittenlehre, welche einzutheilen ist in biblische, nachbiblische, hellenistische, talmudische, rabbinistische und neuzeitliche; 3) der Vertheidigungskampf des Judenthums gegenüber der Christenheit, dem Islam und dem Heidenthum; 4) jüdische Statistik und 5) archäologische, religiöse und nationale Sammlungen über das Judenthum. — Diese Ausstellung soll während der ganzen Welt-Ausstellung eröffnet bleiben, dagegen soll der „Weltreligionskongreß“ von den Rabbinern dazu benutzt werden, um den Antisemitismus „endgültig zu vernichten“ und die „rohe Blutbeschuldigung“ ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Zu diesem Zwecke sollen nach dem ausdrücklichen Beschlusse der erwähnten Rabbinerkonferenz die Herren Professoren Strack und Nöldeke eingeladen werden, die wissenschaftliche Widerlegung der antisemitischen Beschuldigungen vor dem versammelten Welt-Religionskongreß zu übernehmen. Es wurde hierbei erklärt, daß bereits große Geldsummen für diesen Zweck, d. h. für die Reise jener Herren nach Chicago, unter den nordamerikanischen Juden gezeichnet worden seien, und daß man auch Ursache habe, zu hoffen, daß die genannten Professoren dem an sie ergehenden Rufe Folge leisten würden. — Ob diese Erwartung der nordamerikanischen Rabbiner in Erfüllung gehen wird, wissen wir zwar nicht, aber bezeichnend für die heutige Stimmung unter den Juden ist es immerhin, wenn sie hoffen, daß auf einem „Weltreligionskongreß“, von welchem sich die großen christlichen Konfessionen fernhalten, christliche Gelehrte und Theologen die Vertheidigung und Verherrlichung der jüdischen Religion übernehmen werden.

Deutschland.

* **Berlin,** 12. Oktober. Zum bevorstehenden konservativen Parteitage wird der „Köln. Volksztg.“ berichtet:

„Die Verhältnisse innerhalb der konservativen Partei in Bezug auf den Parteitag und die demselben vorzulegenden Aenderungen und Zusätze zum Programm von 1876 klären sich dank den Arbeiten der neungliederigen Kommission, welche in der vorigen Woche mehrere Sitzungen abhielt. Unter anderm ist man nun doch der Frage der Aufnahme der „Judenfrage“ und der Stellungnahme zu derselben im „Programm“ näher getreten, nachdem derselben seitens des Abgeordneten Frhrn. v. Hammerstein, welcher übrigens der Kommission nicht angehört, eine Fassung gegeben, deren Annahme diskutabel ist, und man darüber einig geworden, daß irgend etwas nach dieser Richtung hin geschehen müsse. Die Hauptfrage aber ist und bleibt: Wer soll die Führerschaft der konservativen Partei übernehmen? — eine Frage, die nach dem Ableben v. Kleist-Retzows, sowie nach dem Sichzurückziehen v. Rauchhaupts und der Verjagung der Partei von Herrn v. Helldorf nun zu aktuell geworden ist. In erster Linie denkt man hierbei naturgemäß an den Frhrn. v. Manteuffel, der ja auch hauptsächlich schon seit längerer Zeit die Hauptgeschäfte leitet; doch hört man auch noch andere Namen nennen, so den des Frhrn. v. Minnigerode, welcher freilich z. Z. dem Reichstag nicht angehört. Ueber den Zeitpunkt des Zusammentritts des Parteitages verlautet noch nichts Bestimmtes, doch hält man an der Zeit Ende November bez. Anfang Dezember fest.“

Für die richtige Werthschätzung dieses Klatsches genügt es wohl, einfach zu konstatiren, daß die neungliederige Kommission überhaupt noch keine Sitzung abgehalten hat, vielmehr erst in der dritten Woche dieses Monats zusammentreten wird.

* **Berlin,** 12. Oktober. Unsere Erörterung der Lage der hessischen Konservativen hat der gegnerischen Presse vielfach zu mißverständlichen Aeußerungen Anlaß gegeben. Wir kommen hier deshalb auf den Gegenstand kurz zurück.

Das „schwarze Kartell“, schreiben liberale Blätter, scheine selbst der „Kreuzzeitung“ nicht in allen Punkten zu passen, was damit belegt werden soll, daß wir den von den Konservativen in Kassel mit dem Vorstande der katholischen Kirchengemeinde abgeschlossenen „Wahlvertrag“ einen „unglaublichen Fehler“ genannt. Dabei bleiben wir auch jetzt; denn was konnte dieser „Wahlvertrag“ nützen? Für den Ausgang der Wahl hatte er bei der geringen Zahl der katholischen Wähler keine Bedeutung, während es auf der Hand lag, daß ein solcher Schritt, obgleich oder vielleicht gerade weil er vereinzelt blieb, in einem durchweg evangelischen Gebiete eine Erregung hervorrufen mußte, die für eine Agitation eine breite Fläche bot. Im übrigen haben wir oft genug betont, daß von einem „schwarzen Kartell“ in dem Sinne, wie die Gegner diesen Ausdruck brauchen, gar keine Rede ist. Geschweige denn „Wahlverträge“ abgeschlossen werden; vielmehr handelt es sich durchweg um ein völlig selbständiges Vorgehen der betheiligten Parteien, das lediglich durch Rücksicht auf die eigene Lage bedingt ist. Die Zentrumswähler in Sagan-Sprottau und Löwenberg haben nicht uns zu Gefallen für die konservativen Kandidaten gestimmt, sondern im Interesse der christlichen Solidarität ist dies geschehen; diese aber bleibt bestehen, auch wo keinerlei „Wahlvertrag“ vorliegt. Wo das begriffen wird, macht sich die Sache ganz von selbst. Wir hoffen, daß das jetzt zu den Dingen gehört, an denen aus bloß taktischen Gründen nicht mehr gerüttelt wird; unsererseits werden wir uns jedenfalls durch kein „Jesuiten“-Geschrei abhalten lassen, zu thun, was wir für nothwendig ansehen. Ein echtes Lebensinteresse der evangelischen Kirche geben wir dabei niemals preis. Das hat unser Verhalten stets gezeigt und in Wahrheit kennt es uns auch niemand zu.

Nicht minder verkehrt wird über unsere Stellung zum Antisemitismus geurtheilt, weil wir offen gesagt, daß wir denselben als Agitationsmittel benutzen. Da glaubt der Liberalismus gleich den herrlichen Beweis für unsere „Unehrlichkeit“ entdeckt zu haben. Traut man uns denn aber wirklich zu, daß wir einen Hebel ansetzen werden, dessen Kraft nur in Redensarten beruht? Wenn der Antisemitismus kein innerlich berechtigtes Moment aufzuweisen hätte, würde er eben als Agitationsmittel für uns nicht zu brauchen sein. Mit bloßem „Schimpfereien“ geben wir uns nicht ab. Thoren aber müßten wir sein, wenn wir das agitatorische Moment vernachlässigten, etwa weil wir sehen, daß die Judenfrage zur gesetzlichen Lösung noch nicht reif ist. Die Geister müssen vorbereitet werden; das ist ohne „Agitation“ aber nicht möglich. Allerdings ist zwischen „Agitation“ und „Agitation“ zu unterscheiden. Was wir darunter verstehen, ist nicht Hetzen, sondern Aufklären. Jede Anfeindung von Personen als solcher liegt uns fern; was wir bekämpfen, sind Zustände und diese allein. Die Person kommt nur insofern in Betracht, als sie Träger und Vertreter von Zuständen ist, die nicht geduldet werden.

* **Berlin,** 12. Oktober. Von unterrichteter Seite wird uns mitgetheilt, daß die (vertagte) Verhandlung wider Oberwinder am 9. d. M. vor derselben (vierten) Strafkammer stattfinden sollte, die bis zum 7. d. M. mit dem Prozeß Löwy beschäftigt war. Da bei Beginn der vorigen Woche das Ende dieser Verhandlungen nicht zu übersehen war, indem diese sich sehr in die Länge zogen, so ist vermuthlich der Prozeß gegen Oberwinder vertagt worden, weil nicht anzunehmen war, daß der Prozeß Löwy am Freitag noch nicht beendet sein werde. Nachdem jedoch schließlich, wie bekannt, der Staatsanwalt auf eine große Anzahl Zeugen verzichtete und so die unerwartet frühzeitige Beendung des Prozesses ermöglichte, war die Vertagung des Prozesses Oberwinder nicht zu widerrufen.

— Die Anzahl der für den Reichstag bestimmten Vorlagen steigert sich immer weiter. Außer den schon genannten Handelsverträgen mit verschiedenen Staaten in der alten und neuen Welt werden noch mehrere internationale Abmachungen eingebracht werden, nämlich der Vertrag mit der Schweiz über den gegenseitigen Schutz der Patent-, Muster- und Fabrikmarken, dann werden die provisorischen Handelsverträge mit Rumänien und Spanien, welche nur bis zum 30. November gültig sind, wahrscheinlich verlängert werden müssen. Der bezügliche Beschluß des Reichstags wird daher wohl der erste von allen sein, da bis dahin von der Eröffnung an nur etwa eine Woche Zeit bleibt. Dann soll Preußen beim Bundesrath zwei Novellen eingebracht haben, nämlich eine zum Strafgesetzbuch, betr. Ergänzung des § 92 über Hoch- und Landesverrath, und eine zum Reichspreßgesetz, betr. den § 23: Beschlagnahme von Druckschriften.

— In Bezug auf die Vorlagen für den Landtag ist bereits mitgetheilt worden, daß der Staatshaushalt für 1893/94 erst